

Innovative Sicherheits- und Kooperationskonzepte für den Mittelmeerraum

Cilja Harders

Im Rahmen des ersten „World Congress for Middle Eastern Studies“ (WOCMES) fand im September 2002 in Mainz ein Symposium zu den Perspektiven der Euro-Mediterranen Partnerschaft statt (auch Barcelona-Prozess genannt). Organisiert von *Annette Jünemann* und *Richard Gillespie* bot das Symposium unter dem Titel „The Mediterranean in the New Evolving International Order: Domestic, Regional and International Interests“ ein dichtes und anregendes Programm. Das auch von anderen Kongressteilnehmern gut besuchte Symposium zeichnete sich durch eine in Hinsicht auf geografische Herkunft, Alter und Geschlecht vorbildlich ausgewogene Besetzung aus. Besonders erfreulich – und ja durchaus nicht die Regel bei großen internationalen Tagungen – war die kontinuierliche Teilnahme aller ReferentInnen am Symposium. Die Diskussionen in den drei aufeinander Panels konnten dadurch aufeinander Bezug nehmen, was sehr zur Qualität der Veranstaltung beitrug. In den drei Panels wurde zu folgenden Themenschwerpunkten gearbeitet: *Region Building in the Mediterranean, Rethinking Cooperation, Redefining Security sowie Democracy and Human Rights: Values, Norms and Interests.*

In ihrer Begrüßung betonte Jünemann, dass der Anspruch des Symposiums, innovative Sicherheits- und Kooperationskonzepte für den Mittelmeerraum zu diskutieren, nach den Terroranschlägen vom 11. September besondere Relevanz gewonnen habe. *Mittelmeerpolitik* wird seitens der westlichen Staatengemeinschaft wieder zunehmend als *Sicherheitspolitik* wahrgenommen, und zwar im traditionellen Sinne von „hard security“. Damit besteht die Gefahr, dass die Euro-Mediterrane Partnerschaft mit ihrem

The Mediterranean in the New Evolving International Order: Domestic, Regional and International Interests

Internationale Wissenschaftliche Konferenz
des Arbeitskreises Europäische Integration e.V.

in Zusammenarbeit mit der
Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn, im Rahmen des
First World Congress For Middle Eastern Studies

Mainz, 11.-13. September 2002

Wissenschaftliche Leitung:

PD Dr. Annette JÜNEMANN, Universität Kassel
Prof. Dr. Richard GILLESPIE, University of
Liverpool

Eröffnung und Einführung in die Konferenz
PD Dr. Annette JÜNEMANN, Universität Kassel
Dr. Andrä GÄRBER, Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn

Panel I:
Region Building in the Mediterranean

Arab-Regional Integration As a Prerequisite To a
Successful Euro-Mediterranean Partnership
Prof. Dr. Béchir CHOUROU, Universität Karthago

Israeli Policy Perspectives on the Euro-Mediterranean
Partnership and on the EU-Enlargement:
A comparative approach
Prof. Dr. Alfred TOVIAS, The Hebrew University
Jerusalem

The Mediterranean and the Globalization Challenges
at the start of the Millennium. The Prospects of
South-South Regional Integration
Prof. Dr. Mohieddine HADHRI, Universität Tunis

The Mediterranean Security communities.
A critical/ constructivist approach
Dr. Michelle PACE, University of London

The creation of a Euro-Mediterranean cultural
space? Cultural discourses and repertoires
Isabel SCHÄFER, Freie Universität Berlin

Comparing security building in the Mediterranean
area with security partnership building in other
areas
Prof. Dr. Fulvio ATTINÀ, Universität Catania, Italien

Panel II:
Rethinking Cooperation, Redefining Security

Political authoritarianism and Western security
policies in the Mediterranean
Prof. Dr. Werner RUF, Universität Kassel

Reshaping the agenda? The Internal Politics of the
Barcelona Process in the Aftermath of September 11
Prof. Dr. Richard GILLESPIE, University of Liver-
pool

umfassenderen Sicherheitsbegriff, der politische, sozio-ökonomische und kulturelle Faktoren von Instabilität mit berücksichtigt, marginalisiert wird.

Ziel der Veranstaltung sei, so Jünemann, den Forschungsstand zu den jüngsten Entwicklungen der Euro-Mediterranen Partnerschaft zu aktualisieren, der Diskussion neuer theoretischer Ansätze breiten Raum zu geben, ein Forum für den Austausch „nördlicher“ und „südlicher“ Perspektiven zu bieten, etablierte WissenschaftlerInnen mit Nachwuchskräften in Kontakt zu bringen und schließlich eine innovative Publikation vorzubereiten (das Frühjahrsheft von *Mediterranean Politics* wird als *Special Issue* ausgewählte Tagungsbeiträge dokumentieren).

Regionalismus und Sicherheit

Im ersten Panel „Region Building in the Mediterranean“ kam das theoretische Interesse zahlreicher Fachkollegen an neuen Ansätzen des Regionalismus zum Ausdruck. Zum einen ging es um die mögliche Zusammensetzung von „Sicherheitsgemeinschaften“ im Mittelmeerraum, und dabei nicht zuletzt um die Rolle Israels in den unterschiedlichen Konzeptionen. Zum anderen wurden theoretische Aspekte der *Konstruktion* von Regionen thematisiert, denn der Mittelmeerraum, da waren sich alle Beitragenden einig, bildet historisch und politisch keine gewachsene Einheit.

Béchir Chourou, Mohieddine Hadhri und Alfred Tovias kamen zu einer ausgesprochen kritischen Einschätzung sowohl der inter-regionalen als auch der intra-regionalen Kooperation im Rahmen des Barcelona-Prozesses. Chourou beschrieb den Zustand der Euro-Mediterranen Partnerschaft besonders drastisch mit den Worten: „The patient is in deep coma and needs strengthened efforts to be revitalized.“ Besonders

A difficult balancing act: the European Security and Defence Policy and the Mediterranean
Dr. Sven BISCOP, Universität Ghent

Turning a Central concern into a Stimulus: the Mediterranean contribution to the Building of a European Security and Defence Policy
Dorothee SCHMID, Institut d'études politiques de Paris

Repercussions of the emerging European Security and Defence Policy on the civil character of EU foreign relations. The Case of the Euro-Mediterranean Partnership
PD Dr. Annette JÜNEMANN, Universität Kassel

EU Middle East Policy and the EMP: Can the Stumbling Block of the Middle East Conflict be Overcome?

Dr. Muriel ASSEBURG, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin

The EU and the USA in the Middle East Peace Process: to what extent cooperation?

Dr. Justyna ZAJAC, Universität Warschau

Panel III:
Democracy and Human Rights. Values, Norms and Interests

Civil Society Co-operation in the Euro-Mediterranean Partnership: Between Theory and Practice
Ulrike REINHARDT, Berlin

Gender and Military in the Mediterranean
Dr. Cilja HARDERS, Universität Münster

The Implementation of EU-Aid in the Palestinian Territories: An Evaluation of the EU's Role in Fostering Democratisation Processes
Stephan STETTER, London School of Economics

Spanish Human Rights Foreign Policy: the case of Morocco
Prof. Dr. Laura FELIU, Autonome Universität Barcelona

Loss of guiding values and support. September 11 and the new isolation of human-rights-organisations in Egypt
Angela GRÜNERT, Berlin

Sub-national Governments and the Promotion of Human Rights in the Euro-Mediterranean Process: the cases of Barcelona and Valencia
Eduard SOLER-LECHA, Autonome Universität Barcelona

unbefriedigend sei die Umsetzung des Partnerschaftsprojektes in den Bereichen Demokratisierung und Menschenrechtsschutz. Auch die wirtschaftliche Zusammenarbeit, darin waren sich Chourou und Hadhri einig, habe aufgrund der Asymmetrie in den Handelsbeziehungen bisher noch nicht zur erhofften Wohlstandssteigerung der schwä-

cheren Partner im südlichen Mittelmeerraum beigetragen. Chourou hält dies für ein strukturelles Problem, das erst gelöst werden kann, wenn sich die Mittelmeerdrittländer *untereinander* integrieren. Ansatzpunkte für eine solches Integrationsprojekt könne sowohl die Arabische Maghreb Union als auch die Arabische Liga sein. Die *konkreten* Probleme einer Süd-Süd-Integration wurden ausführlich von Hadhri diskutiert.

Eine ganz andere Perspektive zeigte Tovias auf, der Israels Platz nicht in einer noch zu konstruierenden Mittelmeerregion verortet, sondern in der Europäischen Union. Israel sei in der letzten Dekade wirtschaftlich, politisch und – durch den Zuzug zahlreicher Immigranten aus der ehemaligen Sowjetunion – auch kulturell immer europäischer geworden, während die Unterschiede zu den arabischen Nachbarstaaten ständig zunähmen. Mit der pragmatischen Feststellung, „for Israel it is better to be the tail of the lion than the head of the fox“ plädierte Tovias für einen künftigen Beitritt Israels zur Europäischen Union, die sich ihrerseits durch den aktuellen Erweiterungsprozess geografisch, politisch, wirtschaftlich und kulturell Israel annähere.

Alejandro Lorca Corróns zog in seinem Kommentar einen Vergleich zwischen der Euro-Mediterranen Partnerschaft und der North Atlantic Free Trade Area (NAFTA). Von der NAFTA seien zwar positive Entwicklungsimpulse ausgegangen, allerdings mit sehr starken regionalen Unterschieden. Es sei zu befürchten, dass sich ähnliches auch im Barcelona-Prozess wiederhole, dass also Spanien und Italien stärker als die Maghreb-Staaten von der regionalen Wirtschaftsintegration profitieren könnten. Wie die anderen Referenten unterstrich auch Lorca, dass regionale Integration eine wichtige Voraussetzung für die Investitionsbereitschaft ausländischer Kapitalgeber sei. Er warnte davor, dass sich der Barcelona-Prozess als Hindernis für die inner-arabische

Integration erweisen könnte, wenn er als Vorwand für den Erhalt des Status quo genutzt wird.

Sicherheitsperzeptionen im euro-mediterranen Raum

Michelle Pace, Isabel Schäfer und *Fulvio Attinà* wandten sich der Ebene der Perzeptionen und Diskurse von regionalen und kulturellen Integrationsprozessen zu. Pace und Schäfer brachten mit ihren Beiträgen die ansonsten auf der Tagung nicht vertretene konstruktivistische Sicht auf die euro-mediterranen Beziehungen ein. So definierte Pace den mediterranen Raum als Gegenstand und Produkt kultureller und politischer Konstruktionen. In Anlehnung an das von Adler und Deutsch entwickelte Konzept der „Sicherheitsgemeinschaften“ diskutierte sie den Zusammenhang zwischen Identitätskonstruktionen, Interessen und Sicherheitsperzeptionen. Am Beispiel des nicht nur politisch stark umkämpften israelisch-palästinensischen Verhältnisses fragte Pace nach den räumlich vermittelten Konstruktionen politischer und territorialer Identität wie sie sich in den Landkarten der Region symbolisch niederschlagen.

Schäfer fragte nach den Prozessen der „Erfindung“ eines mediterranen Kulturraums im Rahmen der Euro-Mediterranen Partnerschaft. Auf Seiten der Europäer seien zwei widersprüchliche Diskurse auszumachen: auf der einen Seite eine starke Betonung des gemeinsamen „Mediterranen“ und auf der anderen Seite islamfeindliche Tendenzen der Abgrenzung. Der Barcelona-Prozess, so Schäfer, kann auch als Versuch gedeutet werden, eine politische und kulturelle *Einflusssphäre* auf der kulturell-diskursiven Ebene zu schaffen; eine Wahrnehmung, die im südlichen Mittelmeerraum weit verbreitet ist und den Europäern zu denken geben sollte. Dem setzte Schäfer die

Vision einer vorgestellten und angestrebten „community of values and destiny“ entgegen.

Attinà suchte im Anschluss an diese vorwiegend theoretischen Beiträge eine Verknüpfung von Perzeptionsebene und Handlungsebene, indem er die Euro-Mediterrane „Sicherheitspartnerschaft“ mit anderen regionalen „Sicherheitspartnerschaften“ und den damit verknüpften Sicherheitsperzeptionen verglich. Seine These war, dass Sicherheitspartnerschaften eine wichtige Ergänzung zu rein militärischen Allianzen darstellen, weil sie sich perspektivisch zu einem wichtigen Instrument der regionalen Integration entwickeln könnten.

Chourou nahm in seinem Kommentar den Gedanken unterschiedlicher Sicherheitskulturen auf. Anders als in Europa gebe es keine arabischen Erfahrungen zwischenstaatlicher militärischer Zusammenarbeit, da die arabische Sicherheitskultur stark an der Souveränität des Staates ausgerichtet sei. Die Integrationsfähigkeit der arabischen Staaten komme an ihre Grenzen, sobald es um „hard security issues“ gehe. Zugleich befürchten die arabischen Partnerstaaten jedoch, dass sich die Aufstellung von europäischen Einsatztruppen und die Ausweitung der Kompetenzen europäischer Polizeieinheiten gegen sie richten könnte. Als Ergebnis der anschließenden Diskussion kann zusammenfassend festgehalten werden, dass Regionalisierung angesichts neuer globaler Herausforderungen ein Gebot der Stunde ist. Wie inklusiv oder exklusiv eine zu bildende Mittelmeerregion sein sollte, darüber konnte allerdings keine Einigkeit erzielt werden.

Folgen des 11. September für die Region

Im zweiten Panel „Rethinking Cooperation, Redefining Security“ wurden unterschiedliche Aspekte von Sicherheitspolitik

im Mittelmeerraum diskutiert. Zunächst ging es darum, die Auswirkungen des 11. September auf die Euro-Mediterrane Partnerschaft zu untersuchen, insbesondere mit Blick auf den Kampf gegen den internationalen Terrorismus. Ein zweites Thema waren die Auswirkungen der sich im Aufbau befindlichen Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik auf die interregionalen Beziehungen, und zum dritten wurde der Nahostkonflikt diskutiert, ohne dessen Befriedung Stabilität und Sicherheit im Mittelmeerraum eine Vision bleiben wird.

Nach *Werner Ruf* haben die Anschläge auf New York und Washington nicht zu einem grundlegenden Paradigmenwechsel in der US-amerikanischen Außen- und Sicherheitspolitik geführt, sondern lediglich bereits vorhandene Tendenzen intensiviert. Die Europäische Union, so seine Kritik, stelle sich dieser Entwicklung nicht glaubhaft entgegen, sondern passe sich ganz im Gegenteil diesen Tendenzen an. Vor diesem Hintergrund plädierte er leidenschaftlich für eine Rückkehr zu friedlichen und menschenrechtsorientierten Formen der Konfliktlösung.

Des Weiteren wies Ruf darauf hin, dass der Kampf gegen den internationalen Terrorismus in vielen Mittelmeerdrittländern unter Missachtung jeglicher Rechtstaatlichkeit und unter Verletzung fundamentaler Menschenrechte geführt würde. Es stehe zu befürchten, dass die Europäische Union angesichts einer neuen sicherheitspolitischen Prioritätensetzung künftig eher geneigt sein werde, über derartige Praktiken ihrer Partner hinwegzusehen. Einer europäischen Demokratisierungs- und Menschenrechtspolitik in Form konditionierter Wirtschaftskooperation oder durch direkte Unterstützung demokratischer Gegeneliten erteilte er jedoch, mit Verweis auf die staatliche Souveränität der Mittelmeerdrittländer, eine Absage.

Gillespie zog in seinem detailreichen Vortrag neuere Entwicklungen *innerhalb* des Barcelona-Prozesses nach, die ebenfalls auf den 11. September zurück gehen. Auch er bestätigte, dass der Kampf gegen den internationalen Terrorismus von etlichen autoritären Regimes in der Region zur Legitimation für weitere Repression und schwerwiegende Menschenrechtsverletzungen instrumentalisiert würde; Entwicklungen, auf die die Union adäquat reagieren müsse. Dabei, so seine These, könnte der bislang vernachlässigte „Dritte Korb“ des Barcelona-Prozesses relevant werden, die Partnerschaft im kulturellen, sozialen und menschlichen Bereich. Gemeinsam sei allen Teilnehmern der Euro-Mediterranen Partnerschaft das Interesse an einer engeren Zusammenarbeit im Bereich Innen- und Justizpolitik, um nicht-militärischen Maßnahmen im Kampf gegen den internationalen Terrorismus mehr Raum zu geben. Auch das Interesse an einer Verstärkung des interkulturellen Dialogs werde geteilt, um einer Neubelebung der These vom „Kampf der Kulturen“ nach dem 11. September entgegen zu treten. Weniger konsensual sei hingegen das Interesse der Europäischen Union, über die Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft Demokratisierungsprozesse in den großenteils autoritären Mittelmeerdrittländern zu unterstützen und den Schutz der Menschenrechte zu stärken. Hier zeigt sich einmal mehr der Zielkonflikt zwischen Sicherheitspolitik einerseits und Demokratisierungs- und Menschenrechtspolitik andererseits, der die Euro-Mediterrane Partnerschaft von Anfang an prägt und für die Europäische Union ein bisher nicht zu lösendes Dilemma darstellt.

Vor diesem Hintergrund wies Jünemann in ihrem Kommentar auf die Gefahr hin, dass die Förderung der Zivilgesellschaft, die bisher zu den Kernbereichen des „Dritten Korbes“ gehörte, aufgrund einer neuen Prioritätensetzung zugunsten der Innen- und Justizpolitik zurückgestellt werden könnte.

Ihre Vermutung ist, dass auch im Dritten Korb künftig die intergouvernementale Zusammenarbeit dominieren wird, zu Ungunsten der Zivilgesellschaft, auf deren Beitrag zur Demokratisierung autoritärer Systeme die EU bislang gesetzt habe. Die Wiederherstellung des absoluten Primats staatlicher Souveränität, wie sie von den Mittelmeerdrittländern seit Einführung der Euro-Mediterranen Partnerschaft gefordert und auch von Ruf befürwortet wird, untergräbt nach Jünemann alle bisherigen Bemühungen um eine effektive europäische Demokratisierungs- und Menschenrechtspolitik.

Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik

Mit Blick auf das zweite Themenfeld, die sich entwickelnde Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik, analysierte *Sven Biscop* die Möglichkeiten einer euro-mediterranen Kooperation auch im militärischen Bereich, die er gerade aufgrund der extrem unterschiedlichen Sicherheitskulturen für geboten hält. Warum sollten die Mittelmeerpartner ausgeschlossen bleiben, so fragt Biscop, wenn auch Russland in die europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik einbezogen wird?

Nach Ansicht Jünemanns ist die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik für die Mittelmeerdrittstaaten insofern eine Herausforderung, als sich der heterogene Akteur Europäische Union bislang auf keine kohärente Strategie einigen konnte. Damit ist Raum entstanden für vielfältige Interpretationen, für Missverständnisse und nicht zuletzt für das Schüren antieuropäischer Ressentiments durch islamistische und nationalistische Gruppen. Es ist Aufgabe der Europäischen Union, ein Konzept für die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik zu entwickeln und auch nach außen zu kommunizieren, das sich glaub-

würdig in das normative Leitbild einer Zivilmacht Europa integriert. Nur unter dieser Voraussetzung könne die Euro-Mediterrane Partnerschaft, deren Konzeption geradezu modellhaft für die Gestaltung einer zivilen Außenpolitik sei, auch nach Einführung einer militärpolitischen Dimension in ihrer normativen Substanz erhalten bleiben. *Dorothee Schmid* betonte in diesem Kontext, dass das Ziel der europäischen Mittelmeerpoltik die Heranführung des mediterranen Raums an die Union sei. Entsprechend gehe es nicht um die Entwicklung oder Veränderung von Außen- und Sicherheitspolitik, sondern um die Erweiterung von Innenpolitik. Ihre These erläuterte sie am konkreten Beispiel der Konflikte zwischen Spanien und Marokko.

Attinà nahm in seinem Kommentar den Appell zu weichen Formen der Kooperation auf, fragte aber kritisch nach, inwieweit eine Kooperation zwischen ungleichen Partnern auch den Interessen der schwächeren Seite gerecht werden könne. Analog zu Chourou und Hadhri argumentierte er, dass ein relevanter Auslöser für den Barcelona-Prozess 1995 die Erkenntnis gewesen sei, dass das Wohlstandsgefälle im euro-mediterranen Raum zum Sicherheitsproblem qualitativ neuer Art geworden war. Die sozio-ökonomischen Ungleichgewichte haben sich seither jedoch weiter verschärft, u.a. weil der Aufbau der euro-mediterranen Freihandelszone bisher eher desintegrierende und damit kontraproduktive Wirkungen entfaltet hat. Attinà mahnte, dass die neuen Sicherheitsbedrohungen zwar dringend einer Antwort bedürfen, dabei aber nicht von der alten Erkenntnis ablenken sollen, dass Stabilität und Sicherheit im Mittelmeerraum ohne Lösung der sozio-ökonomischen Probleme der südlichen Partnerländer nicht zu haben ist.

Muriel Asseburg thematisierte den Nahostkonflikt als primäres Hindernis einer erfolgreichen Umsetzung der Euro-Mediterranen

Partnerschaft im Allgemeinen und ihrer sicherheitspolitischen Dimension im Besonderen. Der Fehler der Europäischen Nahostpolitik nach „Oslo“ bestand nach Asseburg darin, dass friedenserhaltende und friedensstabilisierende Maßnahmen ergriffen wurden (Institutionenaufbau, Wirtschaftsentwicklung, Stabilisierung der Region etc.), obwohl es noch gar keinen Frieden gab. Seit dem offensichtlichen Scheitern des Oslo Prozesses und dem Ausbruch der zweiten Intifada im Herbst 2000 habe die Europäische Union jedoch einen Strategiewechsel vollzogen; sie schalte sich nun sehr viel aktiver in das Krisenmanagement ein und bemühe sich durch eigene diplomatische Anstrengungen um eine Befriedung des Konflikts. Einer erfolgreichen Umsetzung dieser Strategie stehen allerdings vielfältige Faktoren entgegen, allen voran die Konfliktparteien selbst. In diesem Kontext mahnte Asseburg eine politische Konditionierung der Kooperation mit beiden Konfliktparteien an. Weniger leicht zu beheben seien hingegen die strukturellen Probleme der europäischen Außen- und Sicherheitspolitik sowie die prinzipiellen transatlantischen Divergenzen in Fragen der Nahostpolitik. *Justyna Zajac* diskutierte im Anschluss daran, inwieweit Polen ein geeigneter Vermittler im europäisch-arabisch-israelischen Dialog sein könnte. Ähnlich wie Toviaš bewertete auch sie die Osterweiterung der Union als positiven Impuls für den Friedensprozess.

Europäische Menschenrechtspolitik: Möglichkeiten und strukturelle Grenzen

Der inneren Logik der Euro-Mediterranen Partnerschaft folgend, der zufolge Sicherheit im umfassenden Sinne nur durch eine Demokratisierung der Mittelmeerdriftländer erreicht werden kann, befasste sich Panel III mit dem Thema „Democracy and Human Rights. Values, Norms and Interests“. *Ulrike Reinhardt* thematisierte

zunächst die institutionellen Barrieren, insbesondere innerhalb der Europäischen Union, die einer erfolgreichen Umsetzung der Demokratisierungs- und Menschenrechtspolitik im Rahmen der Euro-Mediterranen Partnerschaft im Wege stehen. Vor allem aber stößt die Kooperation mit der Zivilgesellschaft an *politische* Grenzen, und zwar in dem Maße, in dem zivilgesellschaftliche Positionen den Regierungspositionen der Partnerländer widersprechen. Dadurch werden politische Irritationen in der euro-mediterranen Kooperation auf Regierungsebene geradezu provoziert und damit die Weiterentwicklung der Euro-Mediterranen Partnerschaft insgesamt belastet. Vor diesem Hintergrund plädierte Reinhardt für eine Prioritätensetzung zugunsten der intergouvernementalen Zusammenarbeit und schlug mit Blick auf die Zivilgesellschaft ein Ausweichen auf weniger politisierte Projekte vor.

Stephan Stetter analysierte die europäische Demokratisierungs- und Menschenrechtspolitik am konkreten Beispiel der palästinensischen Autonomiegebiete. Er bescheinigte der Union zwar ein hohes Interesse an der Förderung demokratischer und menschenrechtsorientierter Politik, kritisierte zugleich aber deren geringen Erfolge in der Praxis. Für diese Defizite machte er eine Reihe von Faktoren verantwortlich, konzentrierte sich in seinem Beitrag jedoch vorwiegend auf die institutionelle Ebene: "While some of these problems relate to domestic factors, they can also be explained by factors emanating from within the EU system of governance, namely the complex inter-institutional relationship between the Commission ... and member states." Seine detaillierten Ausführungen mündeten in einer Reihe konstruktiver Vorschläge zur Verbesserung der gegenwärtigen Situation.

Angela Grünert steuerte am Beispiel Ägyptens eine empirische Untersuchung über das komplexe Verhältnis zwischen demokrati-

schen Nicht-Regierungs-Organisationen, autoritären Regierungen und externen Geldgebern bei. Seit dem 11. September werden in Ägypten islamistische Gruppen massiver denn je und unter Missachtung menschenrechtlicher Standards verfolgt. Auch demokratische Menschenrechtsorganisationen, die die Grundrechte der Islamisten allen politischen Divergenzen zum Trotz verteidigen, werden von der ägyptischen Regierung zunehmend delegitimiert und kriminalisiert. In dieser schwierigen Situation haben sich die meisten ausländischen Geldgeber, auch die Europäische Union, der Politik der ägyptischen Regierung gebeugt und ihre Unterstützung für politisch sensible Nicht-Regierungsorganisationen eingestellt. Damit haben sie erheblich zu einer Schwächung der demokratischen Kräfte auf lokaler Ebene beigetragen.

Cilja Harders brachte die feministische Perspektive auf die Sicherheitsdiskussion ein. Sie betonte, dass der weite Sicherheitsbegriff im Barcelona-Prozess, der soziale, politische und ökonomische Integration als Voraussetzung für die Schaffung von Sicherheit betrachtet, anschlussfähig für feministische Sicherheitskonzepte sei. Diese gelte es zu stärken, wenn eine nachhaltige Euro-Mediterrane Partnerschaft erreicht werden soll. Ihre vorwiegend theoretischen Ausführungen untermauerte Harders mit Blick auf den Mittelmeerraum durch empirische Studien über die Rolle von Frauen in Armeen und über die Auswirkung weiblicher Partizipation auf die Sicherheitskulturen von Staaten.

Euro-mediterrane Partnerschaft oder einseitige Abhängigkeiten?

Laura Felin und *Eduard Soler-Lecha* rundeten das dritte Panel durch zwei Fallstudien aus Spanien ab. Felin analysierte die spanische Demokratisierungs- und Menschen-

rechtspolitik gegenüber Marokko und verweist dabei auf das „foreign policy paradox“: Je enger die Beziehungen zwischen zwei Staaten sind, desto größer sind ihre wechselseitigen Einflussmöglichkeiten. Aus Rücksicht auf höherstehende Interessen nimmt jedoch gleichzeitig die Bereitschaft ab, sich in die inneren Angelegenheiten des anderen Staates einzumischen. Mit höherstehenden politischen und wirtschaftlichen Interessen erklärt Feliu Spaniens Zurückhaltung gegenüber Marokkos Versäumnissen im Demokratisierungsprozess und im Menschenrechtsschutz. Negative Einflussnahmen wie Sanktionen lehnt die spanische Regierung prinzipiell ab, aber auch die deklarierte Politik der „positiven Anreize“ wird nur halbherzig umgesetzt.

Soler-Lecha konzentrierte sich auf die *subnationale* Akteurebene und brachte die These ein, dass auch regionale und lokale Akteure zu wichtigen Spielern europäischer Außen- und Demokratisierungspolitik werden können, indem sie beispielsweise Dezentralisierungsprozesse in den südlichen Partnerländern unterstützen. Der Bereitschaft und den Möglichkeiten subnationaler Akteure für ein eigenes außen- und demokratiepolitisches Engagement sind jedoch deutliche Grenzen gesetzt. In einer vergleichenden Fallstudie über das Forum Civil Euromed von Barcelona (1995) und das Forum Civil Euromed von Valencia (2002) zeigte Soler-Lecha auf, wie sich das Interessengeflecht zwischen lokaler, regionaler, nationaler und europäischer Ebene auf das Engagement subnationaler Akteure auswirkt. Vor diesem Hintergrund plädierte er dafür, den normativen Gehalt subnationaler Außenpolitik zur Kenntnis zu nehmen, aber nicht über zu bewerten.

In ihren Kommentaren hoben Gillespie, Feliu und *Stefania Panebianco* hervor, dass die im dritten Panel präsentierten empirischen Studien einen besonders wichtigen Beitrag für das Verständnis der strukturellen

Hindernisse und Probleme der Euro-Mediterranen Partnerschaft leisteten, indem sie den oft erhobenen Vorwurf der Inkonsistenz europäischer Politik konkretisieren. Feliu plädierte für die Etablierung einer empirischen Vielebenen-Analyse, die nach Interessen, Akteuren und Strukturen zugleich fragt, um zu differenzierteren Einschätzungen zu gelangen.

In der abschließenden, sehr lebhaften Diskussion ging es um die Möglichkeiten und Chancen menschenrechtsorientierter Politik in einem tatsächlich partnerschaftlichen Verhältnis zwischen europäischen und mediterranen Staaten. Zum einen wurde immer wieder betont, dass das euro-mediterrane Verhältnis den Namen „Partnerschaft“ nicht verdiene, solange die Bedingungen der Partnerschaft einseitig von der Europäischen Union diktiert werden könnten. In diesem Kontext wurden besonders die wirtschaftlichen Disparitäten zwischen den Küstenanrainern hervorgehoben, die sich der Euro-Mediterranen Partnerschaft – und der sie begleitenden Rhetorik – zum Trotz kontinuierlich verschärften. Zum anderen wurde aber auch gesehen, dass eine gleichberechtigte Partnerschaft mit autoritären Staaten für die wertgebundene Außenpolitik der Europäischen Union nicht unproblematisch ist. Alle Versuche, das daraus erwachsene Dilemma zu lösen, haben sich bisher negativ auf die Demokratisierungspolitik ausgewirkt. Nach Ansicht eines Diskutanten krankt die Demokratieförderung der Union an dem strukturellen Problem, dass man einfach davon ausgehe, die Mittelmeerdriftländer seien bereits Demokratien. Die Union wolle die Demokratie stärken und vernachlässige dabei die vorgelagerten Prozesse der Demokratisierung. Aus Sicht der mediterranen Zivilgesellschaft leidet vor allem die zivilgesellschaftlichen Förderung unter einem elementaren Glaubwürdigkeitsproblem, da schwere Menschenrechtsverletzungen aus Gründen politischer Rücksichtnahme nicht thematisiert werden. Nicht die Zivilgesell-

schaft müsse mit demokratischen Werten vertraut gemacht werden, sondern die politischen Eliten, so ein anderer Teilnehmer.

Die seit dem 11. September verstärkte Tendenz, die Mittelmeerpolitik unter dem Primat der Sicherheitspolitik wahrzunehmen und das auch noch im engeren Sinne von „hard security issues“ (Securitization), verstellt den Blick auf die ökonomischen und politischen Defizite der Euro-Mediterranen Partnerschaft. In vielen Bereichen, in denen dringender Handlungsbedarf besteht, ist Lähmung eingetreten. Der Kampf gegen

den internationalen Terrorismus, so wie er in den autoritären Partnerländern geführt und von der Europäischen Union geduldet wird, entzieht vor allem der europäischen Demokratisierungs- und Menschenrechtspolitik zunehmend den Boden. Die Förderung von Demokratie und Menschenrechten, so das einhellige Plädoyer aller anwesenden WissenschaftlerInnen, müsse jedoch gerade angesichts neuer Sicherheitsrisiken weiterhin im Zentrum der Euro-Mediterranen Partnerschaft stehen, da Sicherheit und Demokratisierung zwei Seiten derselben Medaille sind.

Dr. Cilja Harders, Juniorprofessur für Politikwissenschaft und Geschlechterforschung, Ruhr-Universität Bochum.